Presseinformation

Nr. 25-145
22.05.2025

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 25, 26, 36 – Lehrkräftebildung weiterentwickeln

Dazu sagt der bildungspolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Malte Krüger**:

Bessere Lehrkräftebildung im Studium und im Vorbereitungsdienst

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

heute ist ein besonderer Tag, denn wir bringen einen Antrag zur Lehrkräftebildung ein. Dieses Thema ist einer der Gründe, warum ich überhaupt für den Landtag kandidiert habe. Lehrkräfte sind zentral für gute Bildung an unseren Schulen. Sie lassen sich nicht einfach durch Maschinen ersetzen. Schülerinnen und Schüler kann man nicht einfach dem Computer oder einer KI überlassen – und ich bin mir sicher, dass das auch niemand wirklich will.

Deshalb brauchen wir gut ausgebildete Lehrkräfte. Und: Wir haben viele sehr engagierte und kompetente Lehrkräfte an unseren Schulen. Der Großteil von ihnen arbeitet täglich daran, Kinder und Jugendliche bestmöglich auf ihr Leben vorzubereiten. Trotzdem können wir die Lehrkräftebildung weiter verbessern.

Hier liegt Verantwortung beim Land – und wir wollen dieser Verantwortung gerecht werden. Noch einmal: Auch heute leisten unsere Lehrkräfte Hervorragendes. Natürlich hat jede und jeder von uns auch einmal negative Erfahrungen mit Lehrkräften gemacht. Ich erinnere mich zum Beispiel an meine Klassenlehrerin auf der Realschule. Sie meinte damals, es sei keine gute Idee, mich am Gymnasium zu bewerben und das Abitur anzustreben. Jahre später traf ich sie wieder – sie war überzeugt, die Gymnasiallehrkräfte hätten mir bessere Noten gegeben, weil ich zuvor auf der Realschule war. Das ist kein Unterstützen gewesen, wie ich mir das von Lehrkräften wünschen würde.

Wenn ich mit Schüler*innengruppen spreche, höre ich solche Geschichten häufiger. Ich betone dann immer: Das sind Ausnahmen. Viele von ihnen haben Lieblingslehrkräfte, die sie geprägt haben. Auch ich habe Lehramt studiert und mich während des Studiums oft gefragt: Wie schaffen wir es Lehrkräfte an unseren Schulen zu haben, die junge Menschen bestärken – anstatt ihnen Steine in den Weg zu legen?

Ein entscheidender Punkt ist dafür die bessere Verzahnung von Studium und Vorbereitungsdienst. Viele von Ihnen haben sicher schon vom sogenannten Praxisschock im Vorbereitungsdienst bzw. Referendariat gehört. Für manche ist das der Moment, wenn sie direkt nach dem Studium an die Schule kommen und in den Vorbereitungsdienst einsteigen. Plötzlich kommen tausend Dinge auf sie zu: Unterricht vorbereiten, Fragen der Schulleitung beantworten, Schülerinnen und Schüler in den Pausen, Hospitationsunterlagen schreiben.

Nicht alle erleben diesen Schock. Aber viele berichten, dass das Studium sie nicht ausreichend auf diese Phase vorbereitet. Genau da setzen wir mit unserem Antrag an. Wir wollen eine engere Verzahnung der ersten und zweiten Ausbildungsphase. Gemeinsam mit den Hochschulen soll ein Konzept dafür erarbeitet werden. Die Kooperation zwischen den Hochschulen und dem IQSH soll auch institutionell gestärkt werden – zum Beispiel durch regelmäßige Besuche der Studienleitungen in den fachdidaktischen Veranstaltungen der Hochschulen. Liebe SPD, das sind doch nicht nur Prüfaufträge, sondern das ist eine klare Positionierung des Landes gegenüber den Hochschulen.

Und ja, wir haben uns dafür eingesetzt, dass es keine Verkürzung des Vorbereitungsdienstes geben wird. Für gute Lehrkräftebildung braucht es ausreichend Zeit.

Zudem wollen wir die Möglichkeiten zur Abordnung von Lehrkräften an Hochschulen und von Hochschuldozierenden an Schulen erweitern.

Wenn wir über Abordnungen sprechen, möchte ich auch auf den zweiten Antrag in dieser verbundenen Debatte eingehen. In den letzten Jahren war der Lehrkräftemangel immer wieder Thema – auch in früheren Legislaturperioden. Besonders das Ungleichgewicht zwischen Stadt und Land, zwischen Ost und West, wurde häufig diskutiert. Hier prallen zwei berechtigte Interessen aufeinander: das staatliche Interesse an einer gleichmäßigen Verteilung von Lehrkräften im Land – und das individuelle Interesse vieler, insbesondere junger Lehrkräfte, ihren Arbeitsort selbst zu wählen.

Lange war dieses Spannungsverhältnis zu einseitig zu Ungunsten des ländlichen Raums ausgelegt. Mit „Abordnung Plus“ haben wir nun ein Instrument geschaffen, das vor allem Regionen wie die Westküste oder den Kreis Herzogtum Lauenburg stärkt. Das ist richtig – und deshalb sollte das Land an diesem Programm festhalten.

Natürlich treten bei neuen Programmen auch praktische Schwierigkeiten auf. „Abordnung Plus“ ist da keine Ausnahme. Diese Herausforderungen müssen analysiert und angepasst werden. Unser Antrag fordert daher, dass die Landesregierung prüft, wie die Zuordnung von Lehrkräften zu Bedarfsschulen flexibler und individueller gestaltet werden kann.

Zum Antrag zum dualen Lehramtsstudium nur so viel: Wir haben uns bereits in dieser Legislaturperiode mit dem Thema befasst. Grundsätzlich ist das keine schlechte Idee. Doch eine flächendeckende Umsetzung ist kurzfristig nicht realistisch. In bestimmten

Bereichen können duale Modelle sinnvoll ergänzen – aber ein vollständiger Systemwechsel steht aktuell nicht zur Debatte.

***

Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

T 0431 988 1503
M 0172 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
sh-gruene-fraktion.de